

Ebis Praktische Grammatik ist so gesehen jedem Japanischlernenden zu empfehlen, der sich auf eine Prüfung vorbereitet oder auch nur ein Nachschlagwerk sucht. Die kleinen Schwächen, sofern man sie überhaupt als solche bezeichnen kann, werden durch die Vorteile mehr als aufgewogen.

Markus Arnemann

**Roland Rich, Luke Hambly, Michael G. Morgan (eds.): Political Parties in the Pacific Islands**

Canberra: Pandanus Books, Australian National University, 2008, 229 S., AUD 34,95

Politische Parteien gelten als unverzichtbarer Bestandteil der repräsentativen Demokratie. Grund genug, dem Stand der Entwicklung politischer Parteien in der Region des Südpazifiks nachzugehen, der in die drei kulturellen Räume Melanesien, Polynesien und Mikronesien unterschieden wird. In drei Gesamtüberblicken werden zu Beginn unter Bezug auf westliche und afrikanische Erfahrungen eine erste Kategorisierung bestehender politischer Parteien vorgenommen (Roland Rich), die in der Politik überragende Bedeutung kultureller Tradition eruiert (Steven Ratuva) und die politischen Konsequenzen unterschiedlicher Wahlgesetze und deren Reform zur Etablierung einer tragfähigen Parteienlandschaft untersucht (Jon Fraenkel). Dem schließen sich sieben Fallstudien an, die von Timor-Leste im Westen über Papua-Neuguinea, die Salomon Inseln, Vanuatu, Neukaledonien und Fidschi bis nach Samoa im Osten reichen, eine Großregion, die hinsichtlich der Distanz fast derjenigen von London bis Neu-Delhi entspricht. Die Autoren sind Joao Saldanha, Ron May, Tarcisius Tara Kabutaulaka, Michael Morgan, Alaine Chanter, Alumita Durutalo und Asofou So'o. Der Sammelband ist am Centre for Democratic Institutions der Australian National University in Canberra entstanden, das sich in den benachbarten souveränen Inselstaaten in der Demokratieförderung engagiert.

Die Systematisierung bestehender Parteien der Region erweist sich als schwierig, was nicht nur auf unterschiedliche Kolonialmächte zurückzuführen ist. So waren in den hier detailliert thematisierten Ländern Portugal, England, Australien, Neuseeland und Frankreich sowie Deutschland (Neuguinea und Samoa) und Indonesien (Ost-Timor) beteiligt. Hinzu kommen unterschiedliche rechtliche Grundlagen, institutionelle Ausformungen und Wahlsysteme. Allein die Differenzen in politischen Stilen und Verhaltensweisen zwischen Insel-, Küsten-, Hochland- und städtischen Gebieten in Papua-Neuguinea dürften größer sein, als die existierenden Unterschiede in jeder westlichen Nation. Hinzu kommen linguistische (Vanuatu verfügt bei einer Bevölkerung von 200.000 über 100 Sprachen), ethnographische und umweltbezogene Abweichungen sowie politische Führungskulturen, deren Bandbreite von egalitär autonomen melanesischen bis zu hochgradig stratifizierten polynesischen Sozialstrukturen reicht. Neben der Vielfalt sind als weitere wichtige Determinanten die insulare Kleinheit und Abgeschlossenheit zu berücksichtigen, die bis auf Papua-Neuguinea alle Inselstaaten kennzeichnen. Deren Gesamtbevölkerung beläuft sich gegenwärtig auf gerade 9,5 Millionen Einwohner.

Auch wenn mittlerweile in den meisten Südpazifikstaaten eine Generation Erfahrung mit der Demokratie besitzt, die sich trotz endemischer Instabilität in regulären Parlamentswahlen und geordneten Regierungswechseln niederschlägt, stellen Parteien weiterhin eher eine Rarität denn ein prägendes Strukturmerkmal dar. Von 21 von Fraenkel aufgelisteten Staaten und Territorien verfügt ein Drittel über keine Parteien. Politische Parteien entstanden in der Region zwar im Zusammenhang der Unabhängigkeit der 1960er und 1970er Jahre. Diese hatte aber keinen forcierten Einfluss auf die weitere Entwicklung der bis heute fragmentierten Parteienlandschaften. Abgesehen von Ost-Timor und Vanuatu gab es in der Region weder nennenswerte nationale Unabhängigkeitsbewe-

gungen noch einen bewaffneten Befreiungskampf.

Politische Parteien basieren auf Persönlichkeiten und kennen keine nennenswerte Mitgliederbasis, sind auf Grund häufiger Rivalitäten und Übertritte instabil bzw. kurzlebig und lassen politische Ideologien vermissen, womit politische Streitfragen oder nationale Agenden weitgehend nichtexistent sind. Lokale verwandtschaftliche und ethnische Identitäten, Loyalitäten und Patronagenetzwerke bilden den primären Bezugspunkt. Die kulturelle Tradition (*kastom*), basierend auf dem Willen der Vorfahren, der eigenen Kosmologie oder der Bedeutung des kommunalen Bodenbesitzes, fungiert als Identitätsstifter und zentraler Faktor der Mobilisierung und Legitimierung, häufig in revitalisierender Abgrenzung und gar Dämonisierung der „foreign flowers“ an Demokratie und Geschlechtergleichheit (der Begriff wurde erstmals nach dem Staatsstreich 1987 in Fidschi verwendet, dem ersten von bisher vier), die auch für die bisher fehlgeschlagene Modernisierung verantwortlich gemacht werden. Neben der Tradition, deren Authentizität immer fragwürdig bleibt, stellen christliche Religion und Kirchen weitere wichtige politische Einflussfaktoren in der Region dar (Ausnahme Ost-Timor).

Sind diese gemeinsamen Charakteristiken politischen Handelns in den Mehrparteiensystemen der ethnisch zerklüfteten Gesellschaften Melanesiens vorherrschend, weichen das schon genannte Ost-Timor sowie die ethnisch bipolar strukturierten Länder Fidschi und Neukaledonien von dieser Grundtendenz ab. Auf Rassenzugehörigkeit basierende Parteiordnungen und ausgeprägte soziale Konfliktlinien (am Beispiel Neukaledonien eine „lokale Kompradorenkasse“, der das nicht nur indigene sondern auch ehemals europäische Proletariat gegenübersteht) haben hier zu stabileren und langfristigeren Organisationsformen politischer Parteien mit ideologischen Festlegungen geführt, die auch aus Anbindungen der Gewerkschaften resultieren. Hinzu kommt ein „starker“ französischer Staat in den Neokolonien, der den Zugang

radikaler 1968er- wie rechter Konzepte (Le Pens Front National) ermöglicht hat. An Abweichungen sind aber auch die mikronesischen Staaten in zumeist freier Assoziation mit den USA zu nennen, in denen einflussreiche Individuen oder Parteien amerikanischer Provenienz agieren. Außerdem das polynesische Tonga, in dem der Aufstand einer Pro-Demokratiebewegung gegen König und Adelskaste erst jüngeren Datums ist, und Samoa, das, obwohl ohne allgemeines passives Wahlrecht, das bis auf zwei Parlamentssitze nur den Inhabern traditioneller Adelstitel (*matai*) zusteht, die Annäherung von Tradition und Moderne, Dorfleben und Urbanität sowie Migration in die westlichen Metropolen und späterer Rückkehr bisher innovationsfreundlich und effektiv mit Unterstützung der Bevölkerung zu meistern scheint.

Sind Aufbau und Institutionalisierung politischer Parteien in den noch jungen südpazifischen Demokratien erst im Anfangsstadium begriffen, ist deren gesellschaftliche Verwurzelung wahrscheinlich noch nach Afrika anzusetzen. Von Huntington's dritter Welle des demokratischen Aufbruchs ist aus der Region jedenfalls kaum positives zu vermelden. Noch relevanter als die Parteienetablierung sind überhaupt erst die Staats- und Nationbildung, deren Debatte im Kontext akademischer Diskurse über „failing states“ und „state-building“ im Südpazifik gegenwärtig publizistisch gerade einen Höhepunkt anstrebt. Von daher ist Rich auch zuzustimmen: bevor Westminster zu erreichen ist, ist erst einmal Westfalen mit seinen Nationalstaaten zu durchschreiten. Summa summarum ein Grundlagenbuch der auf die Region orientierten Politikwissenschaft mit hoher Aktualität. Was fehlt ist eine vollständige und akkurate tabellarische Bestandsaufnahme aller Staaten und Territorien. Die diesbezüglichen Angaben Ratuvas und Fraenkels sind lückenhaft und weichen teilweise voneinander ab. Auch erscheint die Aufnahme Timor-Lestes in den Sammelband wegen fehlender Gemeinsamkeiten mit dem Buchthema deplaziert.